

II-10343 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5031 18

1993-06-30

Anfrage

der Abgeordneten Scheibner und Kollegen
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreff Auftragsvergabe des Bundesheeres in das Ausland

Die Schwierigkeiten der heimischen Textilhersteller sind bekannt. Allein durch die Diskriminierung im passiven Veredelungsverkehr entstehen der heimischen Textilindustrie Schäden in Millionenhöhe.

Es darf angenommen werden, daß die derzeitige Krisensituation in der heimischen Textilindustrie durch die gezielte Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand an heimische Unternehmen, zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der betroffenen Betriebe führen kann. Wie verschiedenen Medienberichten zu entnehmen war, ist auch der Bundeskanzler dieser Meinung.

Deshalb verwundert das Verhalten des Bundesministers für Landesverteidigung, der trotz Kenntnis der dramatischen Situation in der sich die heimische, um ihr Überleben kämpfende, Textilindustrie befindet, dennoch einen Beschaffungsauftrag in Höhe von 40 Mill. S an eine ausländische Firma erteilt.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

Anfrage:

1. Nach welchen Richtlinien wurde o.a. Ausschreibung zur Beschaffung von Stoffen für das österreichische Bundesheer durchgeführt?
2. Halten Sie es für sinnvoll ausländische Unternehmen mit Bundesheeraufträgen zu bedenken und dadurch einheimische Arbeitsplätze zu vernichten?
3. Welcher volkswirtschaftliche Schaden wurde (wird) durch diese Auftragsvergabe verursacht?
4. Wie hoch ist die Preisdifferenz zwischen den Angeboten der österreichischen Unternehmen und dem sog. "Bestbieter"? (Eine genaue Aufschlüsselung nach den einzelnen Positionen der Ausschreibung und den Anbietern wird erwünscht)

5. Aus welchen Gründen wurde dem ausländischen Unternehmen als sog. "Bestbieter" der Zuschlag erteilt? (Eine genaue Aufschlüsselung der Gründe, die zu dieser Entscheidung führten wird erwünscht)
6. Haben Sie die Absicht, auch in Zukunft, durch Auftragsvergaben an ausländische Firmen österreichische Arbeitsplätze zu gefährden?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, wie wollen Sie dies verhindern?

7. Sind Sie der Ansicht, daß durch ein Beibehalten der sog. "Inländerpräferenz" in der ÖNORM A-2050 Aufträge, die nicht dem Bundesvergabegesetz unterliegen, an österreichische Unternehmen vergeben werden können, und dadurch der heimischen Wirtschaft jene Nachteile, die sie durch einen schlecht verhandelten EWR-Vertrag erleidet, ausgeglichen werden können?

Wenn ja, werden Sie die diesbezügliche Änderung der ÖNORM A-2050 in der Fassung vom 1. Jänner 1993 für Ihr Ministerium übernehmen?